

Reisebericht Ruanda

Zivilgesellschaft und shrinking space

Der global zu verzeichnende „shrinking space“ für Zivilgesellschaft und NGOs ist auch in Ruanda kontinuierlich zu beobachten. Ein staatliches Regulierungsgremium ist das 2011 gegründete *Rwandan Governance Board* (RGB). Lokale wie auch internationale NGOs müssen sich dort akkreditieren. RGB nimmt Einfluss auf die thematische Auslegung und personale Besetzung von Organisationen und erhöhte zuletzt die Anforderungen an die Registrierungsbedingungen.

Die überregional agierende Menschenrechtsorganisation LDGL muss sich bspw. jährlich registrieren. Neben diesem arbeitstechnischem Aufwand ist sie zudem durch personelle Streitigkeiten und interne Krisen zunehmend arbeitsunfähig. Trotz der internen und externen Probleme und dem stark eingeschränkten Meinungsspielraumes koordinierte und veröffentlichte LDGL im März 2015 einen UPR (Universal Periodical Review)-Bericht über die Menschenrechtssituation in Ruanda für den UN-Menschenrechtsrat in Genf. Daraufhin geriet die Organisation samt ihren für Ruanda zuständigen Geschäftsführer, Epimack Kwokwo, in den Fokus der staatlichen Behörden. Da LDGL seit 2014 in einer Registrierungsschleife hängt, haben ausländische Mitarbeiter wie der Kongolese Kwokwo kein Anrecht auf ein Arbeitsvisum. Er befand sich in einem mehrmonatigen mühsamen Prozess, um ein individuelles Visum zu erhalten. Zwar sagten ihm die Behörden dieses Visum zu, für alle unerwartet wurde er allerdings Ende Mai dieses Jahres innerhalb weniger Stunden des Landes verwiesen. Direkt nach der Bekanntgabe seiner Ausweisung ernannten ihn die staatlichen Autoritäten zur „Persona non Grata“. Für die Organisation und die sehr kleine Menschenrechtsszene des Landes bedeutet dies einen herben Rückschlag.

Die beliebte Radiosendung „Good Morning Rwanda“, welche sich durch diskussionsbereite Moderatoren und Hörer zu verschiedenen - auch politischen Themen - auszeichnete, hat sich personell und programmatisch stark verändert und lässt nur noch viel weniger kritische Themen und Stimmen zu. Selbstzensur ist bei den Medien eine gängige Methode, um nicht in das Visier der staatlichen Behörden zu geraten.

Aufsehen erregte in den letzten Jahren die Anzahl an verschwundenen Personen in Ruanda. Diese Zahl geht beständig zurück, nicht jedoch die täglichen Verhaftungen.

Innenpolitische Entwicklung

Im Schatten der politischen Krise in Burundi und dem sich abzeichnenden ungewissen Wahlprozess im Nachbarland DR Kongo hat sich Präsident Paul Kagame einen möglichen Machterhalt bis 2034 durch eine Verfassungsänderung gesichert. Zwar werden die Präsidentschaftswahlen erst im Sommer 2017 abgehalten und Kagame hat sich noch nicht zu seiner erneuten Kandidatur geäußert, dennoch steht für viele Ruander fest, dass die Wiederwahl Kagames durch die Verfassungsänderung mehr oder weniger bereits entschieden ist.

Der einzigen tatsächlich unabhängigen Oppositionspartei, *Democratic Green Party* (DGP), mit rund 200.000 Mitgliedern ist es kaum möglich, einen Wahlkampf zu führen. Sie erhalten keine finanzielle Unterstützung seitens der Regierung, der Erhalt von internationalen Spenden und Finanzierungen ist verboten und ihre Mitglieder erhalten Drohungen. Laut Aussagen der Mitglieder kann ein Parteiausweis der DGP bedeuten, am marginalisierten Rand der Gesellschaft zu stehen und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden. Einzelne Mitglieder sind aufgrund der Bedrohungen Ende 2015 ins ausländische Exil geflohen. Der ehemalige Vizepräsident, Jean Damascene Munyeshyaka, bleibt seit dem 27. Juni 2014 verschwunden und die staatlichen Behörden haben in seinem Fall kaum Untersuchungen veranlasst.

Präsident Kagame sortiert in seinem inneren Machtzirkel weiter aus. Einer seiner internen Kritiker, Verteidigungsminister James Kabarebe, soll an Macht verloren haben und unter Kontrolle des Präsidenten stehen. Dafür soll sich Kagame zunehmend mit Personen, die sein Vertrauen besitzen, umgeben.

Soziale Spannungen und wirtschaftliche Entwicklung

Die soziale Schere zwischen einem kleinen Kreis von reicheren Stadtbewohnern, Politikern und Personen aus der Mittelschicht und vor allem der ländlichen Bevölkerung geht weiter auf. Im Sinne des Stadtentwicklungsplans „Kigali Conceptual Master Plan“ schreitet der Bau von Konferenzzentren wie dem „Conventioncenter“ in der Hauptstadt voran. Hotelanlagen sprießen aus dem Boden, wohingegen ärmere Stadtviertel wie bspw. das Viertel Caguwa aufgelöst werden, um neue Bauprojekte zu ermöglichen. Problematisch ist dies insbesondere für die sozial und wirtschaftlich ärmer gestellte Stadtbevölkerung. Die finanzielle und optische „Aufwertung“ des innerstädtischen Bereichs hat einen Niedergang kleinerer Geschäfte, Boutiquen und günstigeren Wohnraumes zur Folge. Ein Nachhaltigkeitskonzept und der Erhalt von einkommensschaffenden Maßnahmen für die betroffene Bevölkerungsschicht werden bei dem ambitionierten Masterplan vermisst - einhergehend mit einer Politik, welche den informellen Sektor gesetzlich verbietet. Diese Entwicklung läuft nicht kohärent mit der Lebensrealität vieler Ruander.

Neben den positiven Bilanzen im Bildungs- und Gesundheitssektor des Landes sind Themen wie Armut, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Spannungen gleichfalls präsent, können im Gegensatz zu den positiven Errungenschaften öffentlich aber kaum diskutiert werden, da die Angst vor staatlichen Repressionen sehr groß ist. Die Regierung versucht mit der Vermittlung

für Arbeitsplätze im Ausland zu werben, womit aber nur ein kleiner Teil der gut ausgebildeten jungen Menschen versorgt werden kann. Das Thema „Kritisches Denken“ wurde von Seiten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Bildungs- und Jugendprojekte eingeführt und hat nun Einzug in die Lehrpläne der Schulen erhalten. Inwieweit dies unter den jungen Menschen tatsächlich gefördert wird, oder ein weiteres Kontrollmittel ist, wird sich herausstellen.

2013 veröffentlichte die ruandische Regierung Statistiken, die belegen sollen, dass sich wichtige Entwicklungsindikatoren wie die Einschulungsquote von Grundschulern, die Lebenserwartung von Neugeborenen, die Ernährung von Kindern unter drei Jahren und der Anteil der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze deutlich verbessert hätten. Diese Statistiken wurden von vielen internationalen Partnern des Landes begrüßt und als Beleg für die Entwicklungserfolge Ruandas angesehen. Im Gespräch mit lokalen NGOs und Personen aus der Entwicklungszusammenarbeit werden allerdings Zweifel laut, ob diese statistischen Erhebungen tatsächlich valide sind. Viele der Untersuchungen haben ihre Datengrundlage nicht offengelegt, konnten daher nicht geprüft werden und widersprechen den Aussagen der Bevölkerung.

Ruandas Agrarpolitik ist stark auf den Export konzentriert. Durch die Kommerzialisierung des Anbaus von Agrargütern, werden die Anbauflächen für die mehrheitlich von Subsistenzwirtschaft lebenden Bevölkerung knapp. Zudem hält die Intensität der Überbevölkerung den Herausforderungen der Kommerzialisierung der Landwirtschaft nicht stand. Problematisch sind zudem die fehlenden Silos für überschüssige Produktionen, die in Krisenzeiten für die Bevölkerung verwendet werden könnten. Das Klimaphänomen El Nino kann auch langfristige Auswirkungen auf Ruanda haben, schon jetzt verursachen längere Dürreperioden und flutartige Regengüsse große Schäden.

Überregionale Entwicklung

Die seit Beginn 2015 zu beobachtenden Spannungen zwischen Ruanda und Burundi sind nicht nur für die gesamte Region besorgniserregend, sondern treffen insbesondere die Bevölkerung beider Länder. Zwar funktioniert der grenzübergreifende Handel an wichtigen Grenzpunkten noch, aber viele überregionale Projekte (auch im Bereich der Friedens- und Versöhnungsarbeit) sind blockiert. Viele Ruander wagen sich momentan nicht nach Burundi, was zu Trennungen von Familienmitgliedern führt und die ansonsten florierende Reisefreiheit zwischen beiden Ländern einschränkt. Beide Länder beschuldigen sich gegenseitig, Rebellen zu unterstützen und Mobilisierung von Milizen zu ermöglichen. Dementsprechend ist die Rhetorik zwischen den beiden Regierungen sehr aggressiv. Vermehrt kam es in beiden Ländern zu Ausweisungen von Burundern bzw. Ruandern. Die angespannte Situation macht sich nicht nur an der Grenze zu Burundi, sondern auch an der Grenze zur DR Kongo durch eine verstärkte Militär- und Polizeipräsenz bemerkbar.

Gesine Ames